

Arbeitszeiten:  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonntag und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
sonstige Zeit: Tonband

# Rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlag: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,  
Druck: Setzer in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Montag, 30. Oktober 1989

Blatt 2410

## Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

### Kommunal/Lokal:

- Häupl: Keine Smogalarmgefahr in Wien (2411/FS: 27.10.)
- Franz-Josef-Spital: Wasserleitungs-Generalsanierung (2412/FS: 28.10.)
- „Die Waffen nieder“ nun auch in Budapest (2413/FS: 28.10.)
- Straßenumbau im 11. Bezirk (2414/FS: 29.10.)
- Mit „Öffentlichen“ zum Friedhof (2414/FS: 29.10.)
- Intensivstation in Kinderklinik ermöglicht mehr Herzoperationen (2415)
- Europameister fährt historische Postkutsche zum Gaswerk Simmering (2416)
- Simmeringer Innovations- und Gründerzentrum eröffnet (2417)
- Stacher: Bund muß Kosten für Anästhesisten im AKH übernehmen (2418)
- Wiener Landtag (2419-2421)
- Wiener Gemeinderat (2422-2429)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)
- Baumfällungen in der Shuttleworthstraße (nur FS)
- Kindergarten wegen Kellerbrand vorübergehend evakuiert (nur FS)



## Häupl: Keine Smogalarmgefahr in Wien

Wien, 27.10. (RK-KOMMUNAL) „Für Wien besteht keine aktuelle Smogalarmgefahr“ erklärte der Wiener Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL Freitag zu diesbezüglichen Äußerungen des FP-Stadtrates Dr. PAWKOWICZ.

Alle Meßergebnisse der einzelnen Meßstellen (Halbstundenmittelwerte) zu den belastetsten Tageszeiten und an den belastetsten Stellen haben in den letzten Jahren Werte erkennen lassen, die in Wien weit unter den im Bundessmogalarmgesetz festgelegten Grenzwerten liegen. Für die Gesamtbeurteilung der Luftsituation in unserer Stadt (nach dem Bundessmogalarmgesetz) werden auch jene Meßstellen, die im Wald- und Wiesengürtel liegen, nicht herangezogen. Im übrigen seien die Luftmeßstellen nach den Luftausbreitungsberechnungen von meteorologischen Fachleuten und nicht nach den Wünschen der Stadtverwaltung aufgestellt worden. Vorschläge zur Reduzierung des Individualverkehrs bei Smogalarmereignissen sind demgegenüber natürlich willkommen und selbstverständlich im vorliegenden Entwurf zur Smogalarmverordnung des Landeshauptmannes von Wien enthalten.

„Die übrigen Wünsche von Dr. Pawkowicz zum Smogalarm nehme ich gerne zur Kenntnis und werde sie an den Bundesgesetzgeber zur allfälligen Novellierung des Bundessmogalarmgesetzes weiterleiten“, schloß StR. Dr. Häupl. (Schluß) red/bs

Bereits am 27. Oktober 1989  
über Fernschreiber ausgesendet



## **Franz-Josef-Spital: Wasserleitungs-Generalsanierung**

Wien, 28.10. (RK-KOMMUNAL) Das Wasserleitungssystem des Franz-Josef-Spitals — vor zirka 90 Jahren errichtet — ist teilweise bereits überaltert, wodurch laufend aufwendige Reparaturen erforderlich sind. Eine Generalsanierung ist daher dringend notwendig geworden. Der Gemeinderatsausschuß für Gesundheits- und Spitalswesen beschloß in seiner letzten Sitzung, die Wasserversorgungsleitungen in der gesamten Anstalt zu erneuern sowie neue beziehungsweise zusätzliche Zuleitungen zu schaffen. Die dafür erforderlichen Kosten werden sich auf 14,5 Millionen Schilling belaufen. (Schluß) zi/szm

Bereits am 28. Oktober 1989  
über Fernschreiber ausgesendet



## „Die Waffen nieder“ nun auch in Budapest

Wien/Budapest, 28.10. (RK-KOMMUNAL) Die Plakataktion der GEWISTA, „Die Waffen nieder“, hat nun auch in Budapest ihren Niederschlag gefunden. Zum 75. Todestag von Bertha von SUTTNER und 100 Jahre nach dem Erscheinen ihres berühmten gleichnamigen Buches haben nun die Bürgermeister von Wien, Zilk, von Budapest, Bielek, und von Preßburg, Bartak, diese Plakatserie im Zentrum der ungarischen Hauptstadt affiziert.

Es war dies gleichzeitig die erste Affizierung eines Plakates eines westlichen Unternehmens in Ungarn. Die GEWISTA arbeitet ab sofort mit dem ungarischen Werbeunternehmen MAHIR eng zusammen. Die drei Plakate der Serie „Die Waffen nieder“ zeigen den Buchtitel der Nobelpreisträgerin „Die Waffen nieder“ in deutscher Sprache, dann jeweils ein Porträt des sowjetischen Staats- und Parteichefs Michail GORBATSCHOW mit dem englischen Text „Lay down your arms“ und das Porträt des amerikanischen Präsidenten George BUSH mit dem Wahlspruch auf russisch in cyrillischer Schrift. (Schluß) fk/gg



Die drei Bürgermeister bei der Plakataktion. Von links nach rechts: Zilk (Wien), Bielek (Budapest), Bartak (Preßburg)  
Foto: PID/Hutterer

Bereits am 28. Oktober 1989  
über Fernschreiber ausgesendet



## **Straßenneubau im 11. Bezirk**

Wien 29.10. (RK-KOMMUNAL) Zur Aufschließung einer großen Wohnhausanlage sind im 11. Bezirk im Bereich Trinkhausgasse — Oberleitengasse der Neu- beziehungsweise der Umbau der umgebenden Straßenzüge erforderlich. Im besonderen sind Änderungen der Höhenlage im Straßenzug Fuchsröhrenstraße — Trinkhausstraße, der Neubau der Oberleitengasse und der Dr.-Leopold-Arbelles-Gasse, die Adaptierung der Eissteingasse im Bereich Kopalgasse sowie der Einbau einer Straßenentwässerung notwendig.

Die Fahrbahnen werden in Bitumenbauweise hergestellt, dazu erfolgt das Anlegen von Parkspuren und Fußwegen. Das mit Gesamtkosten von 9,2 Millionen Schilling verbundene Straßenbauvorhaben wurde vom Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie in seiner letzten Sitzung beschlossen. (Schluß) pz/szm

## **Mit „öffentlichen“ zum Friedhof**

Wien, 29.10. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Verkehrsbetriebe verstärken auch heuer wieder in der Woche um Allerheiligen die Straßenbahn- und Autobuslinien zu den Friedhöfen.

Die in Richtung Reumannplatz fahrenden Autobusse der Linie „66 A“ werden bis Donnerstag, den 2. November jeweils von 8 bis 18 Uhr über Kolbegasse und Büttnergasse zum Inzersdorfer Friedhof geführt.

Am 1. November werden in der Zeit von 8 bis 18 Uhr City-Busse — mit dem Liniensignal „39 A“ — ab der Sieveringer Straße/ Karthäuserstraße zum Sieveringer Friedhof geführt.

Bis Donnerstag, den 2. November fährt außer der Linie „71“ auch die Straßenbahnlinie „6“ bei Bedarf bis zum Zentralfriedhof, wobei am 1. November auch Züge ab Urban-Loritz-Platz geführt werden.

Am Mittwoch, dem 1. November werden darüber hinaus auch die Linien „29“ und „35“ zum Zentralfriedhof geführt. Die Linie „29“ wird vom Friedrich-Engels-Platz über Marchfeldstraße — Dresdner Straße — Schwedenplatz — Invalidenstraße — Ungargasse — Rennweg zum Zentralfriedhof betrieben. Die Linie „35“ wird ab Althanstraße/ Augasse über Porzellangasse — Ring — Schwarzenbergplatz — Rennweg geführt.

Die Schnellbahn S 7 wird am 1. November ab Praterstern, Wien Nord über Landstraße, Wien Mitte — Rennweg zum Zentralfriedhof Tor 9 und 11 verstärkt geführt.

Bei Bedarf wird der öffentliche Verkehr zu allen wichtigen Friedhöfen verstärkt geführt. (Schluß) roh/bs

Bereits am 29. Oktober 1989  
über Fernschreiber ausgesendet!

Bereits am 29. Oktober 1989  
über Fernschreiber ausgesendet!



## **Intensivstation in Kinderklinik ermöglicht mehr Herzoperationen**

Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) Die neue Kinder-Intensivstation in der Universitäts-Kinderklinik im Wiener Allgemeinen Krankenhaus wird in einigen Wochen ihren Betrieb aufnehmen. Wie Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER bei einer Besichtigung erklärte, wird es dann möglich sein, mehr Herzoperationen an Kindern durchzuführen, da der Engpaß bei Herzoperationen nicht in der Chirurgie besteht, sondern in der Intensivpflege nach der Operation. Es werden also künftig die Wartefristen für Operationen an Kindern mit angeborenen Herzfehlern kürzer werden.

Die Station für eine besonders intensive Betreuung der Kinder hat acht Betten; vier davon sollen im allgemeinen Kindern nach Herzoperationen zur Verfügung stehen, die vier anderen krebserkrankten Kindern, die eine besonders intensive Pflege benötigen, oder Kindern mit Verbrennungen oder nach Unfällen. Die acht Intensivbetten haben den höchsten Standard der Intensivmedizin. So befinden sich bei jedem Bett Überwachungsgeräte für die Herzfrequenz und die Herzleistung, für Temperatur und Atemfrequenz, den Blutdruck, die Sättigung des Blutes mit Sauerstoff sowie für den Sauerstoffgasdruck im Blut (an der Hautoberfläche gemessen). Die Daten werden in einem Computer zusammengefaßt und geben einen Überblick über den Krankheitsverlauf. In der Intensivstation können auch die Lungenmechanik sowie der Wasserverlust von der Hautoberfläche gemessen werden. Außerdem stehen eine künstliche Niere und ein computerunterstütztes EKG-Gerät zur Verfügung.

Die Gesamtkosten für die neue Kinder-Intensivstation betragen mehr als 35 Millionen Schilling. Davon entfielen rund 13 Millionen Schilling auf Bauarbeiten, rund 22 Millionen Schilling auf medizintechnische und sonstige Einrichtungen. 62 Prozent der Kosten trägt die Stadt Wien, 38 Prozent der Bund.

Auch in der Kardiologie der Universitäts-Kinderklinik wurde in den vergangenen Monaten die Ausstattung verbessert: 14 Betten verfügen nun auch hier über Überwachungseinheiten. Für eine besonders kinderfreundliche Einrichtung der Kardiologie mit Tischen, Regalen, Wanddekorationen, einem Fernsehgerät, einem Rasenteppich von 40 Metern Länge auf dem Balkon und mit Spielzeug sorgten 40 Firmen und rund 500 Privatpersonen, die rund 105.000 Schilling gespendet haben. (Schluß) sc/gg



## **Europameister fährt historische Postkutsche zum Gaswerk Simmering**

**90 Jahre kommunale Gasversorgung in Wien**

Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) Morgen, Dienstag, finden die Feierlichkeiten anlässlich des 90jährigen Bestehens einer kommunalen Gasversorgung in Wien statt. Um 10 Uhr gibt es einen Festakt im Gaswerk Leopoldau, von dort fährt anschließend eine historische Postkutsche, gelenkt vom Europameister im Gespannfahren Leopold HEWERA, zum Gaswerk Simmering. Im Gaswerk Simmering wird um 12 Uhr die Ausstellung „90 Jahre kommunale Gasversorgung in Wien“ durch Stadtrat Johann HATZL eröffnet.

Die Geburtsstunde der kommunalen Gasversorgung in Wien hatte am 31. Oktober 1899 mit der Inbetriebnahme des Gaswerkes Simmering geschlagen. Damit wurde den zahlreichen Problemen hinsichtlich Preisgestaltung, Erhaltung und Versorgung durch die bis dahin dominierenden privaten ausländischen Gesellschaften ein Ende gesetzt. Wurde das Gas ursprünglich zur Beleuchtung und dann zum Kochen eingesetzt, erfolgte Ende der 60er Jahre der Durchbruch der umweltfreundlichen Gasheizungen. Zwischen 1970 und 1978 erfolgte in Rekordzeit die Umstellung der Wiener Gasversorgung auf Erdgas. Heute hat Wien eines der dichtesten Gasrohrnetze der Welt, mit einer Länge von über 3.000 Kilometern entspricht es in etwa der Strecke Wien — Lissabon. 742.000 Gaszähler werden von den Wiener Gaswerken betreut. (Schluß) roh/bs



## **Simmeringer Innovations- und Gründerzentrum eröffnet**

Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Das Simmeringer Innovations- und Gründerzentrum — Kurzform S.I.G. — ist Montag durch Vizebürgermeister Hans MAYR und Handelskammerpräsident Karl DITTRICH offiziell eröffnet worden. Das S.I.G. ist Ergebnis einer Kooperation zwischen Unternehmern (Job Creation und Wiener Allianz) mit öffentlichen Stellen (Handelskammer, Wiener Wirtschaftsförderungsfonds und Vereinigung Österreichischer Industrieller). Das Baurecht selbst ist vom Wirtschaftsförderungsfonds der Z-Leasing übertragen worden, die wiederum einen Vertrag mit dem S.I.G. hat.

In dem ehemaligen Gebäude einer Plastikfabrik mit der Adresse Simmeringer Hauptstraße 24 und Am Kanal 27 sind derzeit bereits 17 Unternehmungen mit insgesamt 80 Arbeitsplätzen untergebracht. Drei weitere Firmenneugründungen werden außerhalb des S.I.G. selbst betreut. Es ist damit zu rechnen, daß die gesamte zur Verfügung stehende Betriebsfläche von 3.000 Quadratmetern mit Jahresende durch rund 25 Unternehmen genutzt werden wird.

Die Betreuung der Neuen Firmen wird vom S.I.G. sowohl im betriebswirtschaftlichen Bereich als auch durch Beistellung zentraler technischer Einrichtungen — Empfang, Post-, Telefon- und Telefaxdienst, Besprechungsräume — vorgenommen. Die Miete im Innovations- und Gründerzentrum liegt bei 90 bis 100 Schilling pro Quadratmeter. Ziel dieser zentralen Betreuung ist es, die Kosten eines Unternehmens gerade in der Gründungsphase möglichst niedrig zu halten.

Die neuen Unternehmer wurden schwerpunktmäßig aus Meisterprüfungsabsolventen und jungen Managern ausgewählt. Im kommenden Jahr wird eine Aktion für Hochschulassistenten, die sich selbständig machen wollen, durchgeführt. Das Gesamtprojekt S.I.G. soll 1992 abgeschlossen sein und bis dahin insgesamt 300 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen haben.

Es wird nämlich bereits über eine Erweiterung des Simmeringer Innovations- und Gründerzentrums verhandelt, das notwendige Grundstück, das wiederum dem Wiener Wirtschaftsförderungsfonds gehört, befindet sich im Anschluß an das derzeitige Gebäude. Wenn die Verhandlungen mit allen notwendigen Stellen und Institutionen planmäßig weitergehen, kann mit dem Beginn der Bauarbeiten in der ersten Hälfte des kommenden Jahres gerechnet werden. Mit der Verwirklichung dieser zweiten Phase würde das S.I.G. zum größten Innovationszentrum Österreichs werden.

Die bisherigen Kosten für das Simmeringer Innovations- und Gründerzentrum haben für die notwendigen Investitionen 20 Millionen Schilling betragen. Dieses unternehmerische Risiko trägt die S.I.G.-Gesellschaft mit den Gesellschaftern Job Creation und Wiener Allianz. Der Verein zur Förderung des S.I.G., dem derzeit die Wiener Handelskammer und die Vereinigung Österreichischer Industriellen angehören, schießt für den Betrieb der ersten fünf Jahre 14,5 Millionen Schilling zu. (Forts. mgl.)  
red/bs



## **Stacher: Bund muß Kosten für Anästhesisten im AKH übernehmen**

Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) In einem Pressegespräch forderte Wiens Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER am Montag den Bund auf, die Kosten für die Anstellung der derzeit sieben Anästhesisten im Wiener AKH zu übernehmen. Derzeit refundiert Wien diese Personalkosten an den Bund. Stacher: „Ich verstehe den Wissenschaftsminister nicht.“

Damit der Operationsbetrieb aufrecht bleiben kann, hat Stacher die Weisung erteilt, daß die Personalkosten bis Ende dieses Jahres nochmals zu Lasten der Klinkgelder zur Verfügung gestellt werden. „Der Kampf um Personalkosten darf nicht auf dem Rücken der Patienten ausgetragen werden.“

Es gäbe derzeit nur zwei Möglichkeiten, so Stacher: entweder den Betrieb einzuschränken, was unsinnig und unverantwortlich wäre; oder die Stadt Wien müßte die nötigen Personalkosten aus den Ambulanzgeldern nehmen, die derzeit von den Kliniken zur freien Verfügung für die Forschung aufgewendet werden.

Ähnliche Probleme, so Stacher, bestünden auch im Bereich der Strahlentherapie. Auch dort fehlen Ärzte und auch dort gibt es Probleme mit deren Bezahlung. (Schluß) fk/bs



## Wiener Landtag

### Dank an Eleonore HOSTASCH

Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) Am Montag fand unter dem Vorsitz von Landtagspräsident Ing. HOFMANN (SPÖ) eine Landtagssitzung statt. Einleitend dankte Hofmann der in den Nationalrat übersiedelten Eleonore HOSTASCH für ihre Tätigkeit im Gemeinderat zwischen 1987 und 1989. Hostasch gehörte dem Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie an.

### Fragestunde

Auf die ERSTE ANFRAGE von LAbg. Mag. KABAS (FPÖ), welche Maßnahmen gemeinsam mit dem Bund ergriffen werden, um das Problem der schätzungsweise 90.000 Ausländer, die ohne Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung in Wien leben, in den Griff zu bekommen, antwortete Landeshauptmann Dr. ZILK, daß es konkrete statistische Zahlen nur für die Differenz zwischen den vorliegenden Arbeitsgenehmigungen und den Bewerbungen darum gibt. Diese Zahl beträgt 26.000. Obwohl die Frage eigentlich Angelegenheit des Bundes ist, will sich Wien nicht der Verantwortung entziehen. Doch dürfe auch nicht Wien allein damit belastet werden.

Zilk fordert daher einen österreichischen Flüchtlingsfonds. In der nächsten Zeit wird ein Hearing zu diesem Thema stattfinden. Wien werde jedenfalls für Zu- oder Durchwanderer offen sein, zumal hier auch ein beträchtlicher Bedarf an gutausgebildeten Arbeitskräften bestehe. Auf eine ZUSATZFRAGE erklärte Zilk, die Stadt Wien werde Betriebe, die Ausländer ohne Bewilligung beschäftigen, aus ihrem Kontrahentenverzeichnis streichen.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von LAbg. BROSCH (SPÖ), welches Ergebnis die Prüfung einer möglichen Befangenheit von Stadtrat Edlinger im Zusammenhang mit einer Auftragsvergabe zur Sanierung des Karl-Marx-Hofes ergeben hat, antwortete Landeshauptmann Dr. ZILK, daß das Bundeskanzleramt — Verfassungsdienst eine solche Befangenheit nicht sieht. Der Verfassungsdienst stützt seine Meinung unter anderem darauf, daß Edlinger nicht als Person, sondern als Vertreter der Stadt Wien bei dem inkriminierten Unternehmen den Vorsitz führt.

Auf die DRITTE Anfrage von LAbg. Mag. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP), welche Straßenprojekte auf dem Autobahn- und Bundesstraßensektor in Wien bis zur EXPO 95 finanziell gesichert sind, antwortete StR. HATZL (SPÖ), daß zahlreiche Projekte bereits jetzt entsprechend sichergestellt und in Bau sind, wie die Verlängerung der Südost-Tangente im Norden bzw. Maßnahmen im Bereich des Gürtels und der B 1.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob bis zur EXPO die B 301 (Südrandstraße) bis zur Ostautobahn verlängert wird, antwortete StR. HATZL, daß mit Niederösterreich und dem Bund noch Fragen der Trassenführung und Finanzierung zu klären seien. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob bis zur EXPO die Autobahnabfahrt Simmering eröffnet wird, sagte Hatzl, daß dies von einer Zustimmung der ÖBB zu einer Querung des Zentralverschiebebahnhofes abhängt. Er werde mit dem Generaldirektor der Bundesbahnen jedenfalls Gespräche führen.

Auf die VIERTE ANFRAGE von LAbg. STRANGL (SPÖ), ob der Bund seiner Verpflichtung zur Mitfinanzierung der Wiener Privattheater nachkomme, antwortete Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPÖ), daß 1986 vereinbart wurde, daß jährlich 150 Millionen Schilling Bundessubventionen an die Wiener Privattheater gezahlt werden. Dies habe 1987 und 1988 funktioniert. Im Jänner dieses Jahres wurde seitens des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Sport bekanntgegeben, daß der Bund heuer dieser Verpflichtung nicht zur Gänze nachkommen kann.



Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob dem Land Wien daraus ein klagbarer Rechtsanspruch erwächst, antwortete Mayr, daß dies der Fall sei. Man habe auf die vertragliche Verpflichtung des Bundes hingewiesen. Die Kürzung erfolge zu Unrecht, da sie keine Ermessensausgabe ist. Man habe überdies im Budgetvoranschlag 1990 für Wien Vorsorge getroffen, daß keine automatische Aufallsübernahme durch Wien erfolgt. Er hoffe aber auf eine gütliche Bereinigung, sagte Mayr.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von LAbg. Mag. KAUER (ÖVP), wann mit einer Novellierung des Wiener Veranstaltungsgesetzes zu rechnen sei, antwortete Stadträtin Dr. Ursula PASTERK, daß in der heutigen Sitzung des Landtages ein Initiativantrag eingebracht werde, der Änderungen bei der Anmeldung von Vorträgen und Vorlesungen vorsieht. Auf eine ZUSATZFRAGE sagte sie, sie habe einen Brief an den Wiener Polizeipräsidenten geschrieben, um bis zum Inkrafttreten des Gesetzes diesbezüglich Polizeieinsätze zu verhindern.

Die SECHSTE ANFRAGE, wie hoch die Ozon-Belastungen in Wien seien und welche Maßnahmen zu deren Verringerung gesetzt werden, stellte LAbg. SCHIEL (SPÖ). Darauf antwortete Stadtrat Dr. HÄUPL, Messungen hätten im Wiener Waldbereich 40 bis 60 ppb ergeben, die Werte lägen in manchen Teilen der Stadt höher, in anderen — etwa der Lobau — niedriger. Der internationale Spitzenwert liege in Kalifornien, wo bis zu 600 ppb regelmäßig gemessen werden. Es gelte, etwa durch die Einführung von Gaspendelleitungen bei Tankstellen sowie durch die Verringerung von Kohlenwasserstoffen, die beispielsweise in Putzereien oder bei der Lackherstellung entstehen, eine Reduktion der Ozon-Werte zu erreichen. An entsprechenden Maßnahmen müßte der Bund maßgeblich mitwirken.

#### **Initiativantrag zum Wiener Veranstaltungsgesetz**

Die SPÖ-Fraktion brachte einen ANTRAG zur Änderung des Wiener Veranstaltungsgesetzes ein. Damit sollen Ausnahmebestimmungen für musikalische Veranstaltungen in Gastgewerbebetrieben im Sinne der alten Wiener Tradition des Konzert-Cafes berücksichtigt werden.

Der Antrag wurde dem Kulturausschuß zugewiesen.

#### **Auslieferungsbegehren Dr. Rasinger**

LAbg. Mag. ZIMA (SPÖ) stellte den Antrag des Immunitätskollegiums, der Wiener Landtag möge dem Ersuchen des Landesgerichtes für Strafsachen um Zustimmung zur strafrechtlichen Verfolgung des LAbg. Dr. RASINGER (ÖVP) wegen Verdachts des Vergehens der üblen Nachrede nicht stattgeben. Die Anzeige war vom Arbeitsteam jener Beamten erstattet worden, die im Auftrag der Magistratsdirektion die Vorfälle in Lainz untersucht haben. Dr. Rasinger hatte gegenüber der APA davon gesprochen, dieser Bericht stelle eine Vorverurteilung dar, sei einseitig und unvollständig. Rasinger hatte damals gegenüber der APA von einem „Skandal“ gesprochen. Die SPÖ, so Mag. Zima, lehne die Auslieferung aus formalrechtlichen Gründen ab. Dies bedeute keine Zustimmung zu den Aussagen Dr. Rasingers.

Klubobmann Ing. Karl SVOBODA (SPÖ) betonte, es sei nicht üblich, daß der Landtag einer Auslieferung zustimme. Deshalb stimme die SPÖ auch heute nicht zu. Aus diesem Verhalten der Sozialisten dürfe aber nicht abgeleitet werden, daß seine Fraktion mit den Aussagen Dr. Rasingers einverstanden sei oder zustimme. „Wir verurteilen seine Aussagen“. Dieser Fall solle nun Anlaß dazu sein, die Immunität neu zu überdenken und neu zu diskutieren. Man müsse eine Neuregelung anstreben, die die freie politische Arbeit ermögliche, ohne daß Ehrenbeleidigungen und Unterstellungen gegenüber anderen Bürgern straffrei seien. Die verbale Radikalisierung habe in letzter Zeit zugenommen, und es bestehe die Gefahr, daß

Forts. von Blatt 2419

Forts. auf Blatt 2421



damit der Politik und den Politikern kein guter Dienst geleistet werde.

Klubobmann Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) warnte vor mißverständlichen Interpretationen der Immunität. Sie dürfe kein Freibrief für Ehrabschneidungen und Beschimpfungen sein. Es müsse aber einem Abgeordneten jederzeit möglich sein, harte Sachkritik ohne Furcht vor einer Flut von Klagen auszuüben. Hier gebe es einen Unterschied zwischen Abgeordneten von Regierungsparteien und von Oppositionsparteien. Zum Fall selbst meinte Hirnschall, die Kritik Rasingers sei durchaus vertretbar.

Klubobmann Dr. GOLLER (ÖVP) verwies auf die Versuche in letzter Zeit, Oppositionsabgeordnete für deren kritische Anmerkungen mit Zivilrechtsklagen zu verfolgen. Durch die oft willkürliche Festsetzung des Streitwertes komme es zur Existenzbedrohung dieser Politiker. Die Immunität dürfe nicht als Schutzschild gesehen werden, es müsse aber die uneingeschränkte und ungehinderte Rede, Kritik und Kontrolle geben ohne Angst vor einer Millionenklage. „Es muß einige geben, die alles sagen dürfen, damit es niemanden gibt, der alles tun darf“, zitierte Goller. Die ÖVP werde einen Vorschlag zur Neuüberdenkung der Immunität ausarbeiten.

**ABSTIMMUNG:** Der Antrag auf Auslieferung wurde einstimmig abgelehnt.

Die Sitzung des Wiener Landtages endete um 10.55 Uhr. (Schluß) red

Forts. von Blatt 2420



## Wiener Gemeinderat

### Fragestunde

Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) Im Anschluß an die Sitzung des Wiener Landtages trat der Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz von GR Eveline ANDRLIK zu einer Sitzung zusammen, die mit einer Fragestunde eingeleitet wurde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR Dr. RASINGER (ÖVP), über eine weitere Suspendierung von Primarius Dr. PESENDORFER nach der Einstellung des Disziplinarverfahrens durch die Disziplinarkommission für gerechtfertigt hält, sagte Bürgermeister Dr. ZILK, daß die Suspendierung Pesendorfers von der Disziplinaroberkommission als zuständigem Gremium bestätigt worden ist. Er selbst nimmt keinen Einfluß auf diese Untersuchung, die durch das Gesetz festgelegt ist.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR Karin LANDAUER (FPÖ), welche Maßnahmen zur Beseitigung des akuten Mangels an Anästhesieärzten in den Wiener städtischen Spitälern ergriffen werden, sagte Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER, daß in Wien mit derzeit 78 Anästhesisten in Ausbildung die meisten Ausbildungsstellen im Vergleich aller Bundesländer vorhanden sind. Allein in den Gemeindespitälern gibt es 29 Ausbildungsstellen. Um dem Mangel an Anästhesisten im AKH zu begegnen, hat die Stadt Wien hier zwischenzeitlich die Kosten für eine Reihe von Anästhesiestellen übernommen. Hier muß allerdings eine Regelung mit dem Bund gefunden werden.

Auf die DRITTE ANFRAGE von GR Erika STUBENVOLL (SPÖ), wie weit die Verhandlungen mit den Banken bezüglich der Beteiligung an der Kredit- und Schuldnerberatungsstelle der Stadt Wien gediehen sind, sagte Stadträtin Christine SCHIRMER, daß entsprechende Gespräche im Frühjahr eingeleitet worden sind und die Banken in Einzelfällen Verständnis gezeigt haben. Auf Grund internationaler Erfahrungen wird angestrebt, in Not geratenen Schuldnern in Kooperation mit den Banken zu helfen. Bereits jetzt ist die Beratungsstelle gut frequentiert und erfolgreich tätig. Ein Fonds soll auf Grund der derzeitigen Erfahrungen nicht gegründet werden.

Auf die diesbezügliche VIERTE ANFRAGE von GR Dr. HAWLIK (ÖVP) antwortete StR. HATZL (SPÖ), daß bei der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig bisher Überschreitungen um das Zwei- bis Vierzehnfache des im Luftreinhaltegesetz festgelegten Grenzwertes von 0,1 Nanogramm Dioxin-äquivalent gemessen wurden. Die Betreiberfirma werde bis Ende Oktober Sanierungsanträge nach dem Luftreinhaltegesetz beim Magistrat einbringen. Für die vorgesehenen Aktivkohlefilter sei seines Wissens keine Ausweitung der Grundfläche erforderlich.

Ein Pfandsystem nur für „PET-Flaschen“ halte er nicht für sinnvoll, vielmehr sollte ein solches für alle Einweggebinde eingeführt werden, antwortete StR. Dr. HÄUPL (SPÖ) auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR OBLASSER (SPÖ). Ein Pfandsystem nur für „PET-Flaschen“ würde nur zu Marktverschiebungen innerhalb der Einweggebinde führen. Häupl sprach sich für die Einführung eines Entsorgungsbeitrages für Einweggebinde aus, um die marktwirtschaftliche Benachteiligung und damit den höheren Preis der Mehrweggebinde auszugleichen. Am Hausmüll-Volumen haben die PET-Flaschen einen Anteil von 0,5 bis 0,7 Prozent, alle Einweggebinde zusammen von sieben bis zehn Prozent.

Die Wasserverluste im Wiener Wassernetz betragen 1988 10,3 Prozent und wurden damit innerhalb der letzten vier Jahre um fast drei Prozent reduziert, sagte StR. HÄUPL in Beantwortung der SECHSTEN ANFRAGE von GR Dr. NEUBERT (ÖVP). Bei der Inbetriebnahme des Grundwasserwerks Donauinsel-Nord bestehe keinerlei Zeitdruck, weil die Hochquellwasserversorgung mit der Einspeisung der Pfannbauernquelle gewährleistet sei. Die



Inbetriebnahme der 3. Wiener Wasserleitung hänge derzeit einerseits vom Bescheid der obersten Wasserbehörde über die genehmigte Wasserentnahme, andererseits von der Sanierung der Fischerdeponie ab.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. GINTERSDORFER (FPÖ) nach der Bereitschaft der Stadt Wien, einen Beitrag für die Renovierung des Volkskundemuseums zu erbringen, antwortete Stadträtin Dr. Ursula PASTERK (SPÖ), daß das Museum in erster Linie eine staatliche Einrichtung ist und daher primär vom Bund unterstützt werden muß. Der Bund trägt den Sachaufwand und die Personalkosten. Das Museum ist mit einem symbolischen Zins von 100 Schilling Mieter in einem Gebäude der Stadt Wien. Im Gegenzug hat sich das Museum verpflichtet, die bauliche Instandhaltung sicherzustellen. Dafür wurden inzwischen auch aus Mitteln des Altstadterhaltungsfonds der Stadt Wien beträchtliche Beträge aufgebracht. Wenn der Bund seine Teilfinanzierungsbereitschaft für die Sanierung des Gebäudeinneren aufrechterhält, könnte, eine positive Begutachtung durch den Altstadterhaltungsbeirat vorausgesetzt, auch Wien zu den Kosten beitragen.

Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. Mag. ZIMA (SPÖ) nach den Initiativen der Stadt zur Pflege und Erforschung der Tradition Wiens als Weltstadt auf dem Gebiet der Geistes- und Kulturwissenschaften antwortete Stadträtin Dr. Pasterk, daß sich Wien auf diesem Gebiet sehr engagiere. Für die Erforschung des Wiener Aufbruches ins 20. Jahrhundert sei in den letzten Jahren sehr viel getan worden. Pasterk erinnerte an das Canetti-Symposium und an die Veranstaltungen zur Bewahrung des Erbes von Schlick, Wittgenstein und Freud. Auch für das kommende Jahr werden bedeutende Experten für die Wiener Vorlesungen gewonnen werden können.

Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. Dr. WÖBER (ÖVP) nach dem aktuellen Stand der Übersiedlung des Meiselmartkes auf das ehemalige Gelände des Wasserbehälters antwortete Stadträtin Christine SCHIRMER, daß derzeit an der Erstellung eines neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes gearbeitet werde. Der Zeitplan für die Marktübersiedlung werde nicht von ihrem Ressort erstellt, sagte Schirmer. Für die künftigen Marktgebühren sind die Kalkulationen noch nicht abgeschlossen.

Auf die ZEHNTE ANFRAGE von GR. Maria PAUL (SPÖ), welche Fortschritte hinsichtlich des ökologischen Beschaffungswesens im Rahmen des zentralen Einkaufs zu verzeichnen sind, antwortete Stadträtin Christine SCHIRMER, daß hierbei nicht nur das Produkt, sondern auch die Verpackung und die Wiederverwertung in Betracht gezogen werden. So wird beispielsweise bei der Verpackung weitgehend auf PVC verzichtet, es werden keine Treibgassprays angeschafft, keine schädlichen Reinigungsmittel und keine Möbel aus Tropenhölzern. Schulhefte aus Recyclingpapier bilden bereits die Regel. Gemeinsam mit dem Ökologie-Institut werden die Bemühungen weiter verstärkt.

Die Fragestunde endete um 12.01 Uhr.

Im Anschluß an die Fragestunde wurde Dkfm. Robert HOTTER (ÖVP) als Gemeinderat angelobt. Gemeinderatsvorsitzende Eveline ANDRLIK würdigte die Verdienste seines Vorgängers GR. Karl DALLER.

Anschließend meldete sich Bürgermeister Dr. ZILK zu einer Mitteilung über seine Gespräche in Ungarn. Er habe dabei vorgeschlagen, daß die Stadtparlamente jeweils einmal im Jahr in der jeweils anderen Stadt Arbeitssitzungen abhalten sollten. Der Vorschlag fand große Zustimmung bei den Ungarn. Zilk teilte ferner mit, daß bei ausführlichen Gesprächen mit den wichtigsten politischen Gruppen eine durchwegs positive Einstellung zur Weltausstellung erkennbar war. Allerdings leiden manche Oppositionsgruppen unter Informationsmangel. Im Hinblick auf die Weltausstellung plant Ungarn den Ausbau einer leistungsfähigen Bahnstrecke und der Autobahn bis zur Grenze mit Österreich bis 1993. Für Wien bedeutet das, rasch Vorbereitungen für eigene entsprechende Verkehrsanbindungen zu treffen.

Forts. von Blatt 2422

Forts. auf Blatt 2424



**Neuer 3. Vorsitzender**

Anstelle des aus dem Gemeinderat ausgeschiedenen 3. Vorsitzenden Karl DALLER (ÖVP) wurde GR Johannes PROCHASKA (ÖVP) einstimmig zu seinem Nachfolger gewählt.

**Grundstückstausch**

GR Christine SOTONA (SPÖ) beantragte den Abschluß eines Tauschvertrages mit der KAWOG-Wohnungseigentumsgesellschaft. Er betrifft Teilflächen von Hetzendorf und eine Liegenschaft in Obersievering bzw. eine Liegenschaft in Margareten, Grüngasse 23.

Er sei grundsätzlich für diesen Tausch, stellte GR Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) in seiner Wortmeldung fest. Dies gelte jedoch nur für die Grundstücke in Hetzendorf gegen jenes in Margareten. Es sei aber unverständlich, daß dem Inhaber der KAWOG „im Paket“ auch ein 2.604 Quadratmeter großer Weingarten angeboten werde. Er sehe einfach keinen Zusammenhang, weshalb zwei Weingartenparzellen im Wald- und Wiesengürtel in diesen Grundstückstausch eingebaut werden sollen. Hirnschall forderte daher eine getrennte Abstimmung.

GR Ing. RIEDLER (SPÖ) sagte, auf der Eckparzelle Grüngasse 21, die schon lange im Besitz der Stadt Wien sei, kürzlich ein kleiner Park errichtet worden ist. Das Nebengrundstück, Grüngasse 23, gehöre der KAWOG. Man habe vier Jahre lang verhandelt, um dieses Grundstück erwerben und den Park vergrößern zu können. Dies sei nun möglich geworden. Allerdings habe der Besitzer der KAWOG auch Weingartenflächen in Obersievering verlangt, die an seinen bereits vorhandenen Weingarten anschließen. Es bestehe dabei keine Gefahr für den Wald- und Wiesengürtel.

In einer getrennten Abstimmung wurde der Tausch der Liegenschaft in Hetzendorf gegen jene in Margareten einstimmig, der Verkauf der Liegenschaft in Obersievering mit Stimmenmehrheit beschlossen.

**Einmalige Entschädigung für Krankenpflegepersonal**

GR Gertrude OSTRY (SPÖ) stellte den Antrag auf Gewährung einer einmaligen Entschädigung für das Krankenpflegepersonal in Höhe von 2.000 bis 5.000 Schilling je nach Dienstalter und Verwendungsgruppe.

GR Karin LANDAUER (FPÖ) begrüßte diese einmalige Entschädigung, es sei dies endlich eine Anerkennung für diese Personengruppe. Das Krankenpflegepersonal erwarte aber grundlegende Änderungen. GR Landauer sprach sich gegen die Nivellierung der Bezahlung im Krankenpflegeberuf aus, der Gehaltsunterschied zwischen den Stationsgehilfinnen und dem diplomierten Personal sei zu gering. Außerdem bezeichnete GR Landauer die Arbeitszeit des Personals als zu hoch, es gebe noch immer Wochenarbeitszeiten von 48 Stunden und im Extremfall bis zu 60 Stunden.

Diese einmalige Entschädigung könne nur ein erster Schritt sein, betonte GR Dkfm. Hilde FESTGE-WEINROTHER (ÖVP). Die ÖVP habe sich schon lange für eine finanzielle Besserstellung im Krankenpflegeberuf ausgesprochen. Daneben müßten allerdings auch noch andere Maßnahmen gesetzt werden, wie eine neue Dienstenteilung und die Möglichkeit zu mehr Teilzeitarbeit. Außerdem müsse ein Programm für BerufsrückkehrerInnen verwirklicht werden. Die Rednerin sprach sich für eine Verstärkung des 2. Bildungsweges und für Lehrgänge für Maturanten aus.

GR SCHIEL (SPÖ) verwies darauf, daß derzeit bereits 192 Personen den 2. Bildungsweg ergriffen haben und im Jänner weitere 80 dazu kommen. Zu den Forderungen nach einer Dienstzeitänderung meinte Schiel, die Schwestern haben sich für den „Radldienst“ ausgesprochen. Das mit 1. Jänner in Kraft tretende neue Besoldungsschema berücksichtige die speziellen Erfordernisse im Krankenpflagedienst. Zahlreiche neue Dienst-

Forts. von Blatt 2423

Forts. auf Blatt 2425



posten seien geschaffen und bereits besetzt worden. Und der Bettenschlüssel, Verhältnis Pflegepersonal zu je hundert Betten, liege in Wien deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

StR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) sagte, es gebe noch immer gravierende Mängel im Wiener Krankenpflegesystem. So sei noch nichts von der Ausgliederung der Spitäler aus der Verwaltung und von dem von der Spitalreformkommission gewünschten Testspital zu bemerken. Hampel-Fuchs kritisierte auch den Mangel an diplomiertem Personal und den Überbelag an Patienten in den Wiener Spitälern. Generell sei eine neue Systematisierung des Pflegepersonals notwendig. Schließlich sprach sich Hampel-Fuchs für verstärkte Heimpflege der Senioren aus und wies auf die Auswirkungen eines neuen Arbeitszeitgesetzes im Spitalsbereich hin.

Berichterstatterin Gertrude OSTRY (SPÖ) sagte zur Teilzeitbeschäftigung, man müsse sich im klaren sein, daß weniger Arbeit mit weniger Bezahlung parallel gehe. Viele Frauen würden sich dies nicht leisten können.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

### Rechnungshofbericht EBS

Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) beantragte, den Bericht über das Ergebnis der Überprüfung der Gebarung der Entsorgungsbetriebe Simmering Gesellschaft mbH. durch den Rechnungshof zur Kenntnis zu nehmen.

GR Mag. KABAS (FPÖ) stellte fest, es habe trotz der positiven Aspekte des Rechnungshofberichtes über die EBS, wie dem Beitrag zur Sondermüllentsorgung und erfolgreiche Umweltschutzprojekte, auch negative Entwicklungen gegeben. Kabas hob vor allem die Kritik an der Kostenentwicklung bei der Gesamterüchtigung von 1,6 auf 2,4 Milliarden Schilling, die Vertragsgestaltung bei den bisherigen sechs Geschäftsführern sowie die fehlende Lösung etwa bei der Entstickung oder der Dioxinproblematik hervor.

Kabas forderte, so lange keine Sonderabfälle aus anderen Bundesländern zu entsorgen, bis diese selbst Maßnahmen zur Sondermüllentsorgung setzten und eine Analyse der Reststoffe bezüglich des Dioxin- und Furan-gehaltes.

Als vernichtendes Urteil über die Vorgangsweise bei der Errichtung und Sanierung der EBS bezeichnete GR FÜRST (ÖVP) den Rechnungshofbericht. Die Garantiewerte der Rauchgasreinigungsanlage seien bei Quecksilber und Sulfaten häufig überschritten worden, Probeläufe nicht aussagekräftig gewesen. Der Terminplan sei bei der Schlammverbrennung und der Hauptkläranlage nicht eingehalten worden, die Kosten explodiert. Die Übernahme durch die Holding um 20,3 Millionen Schilling aufgrund einer Weisung des damals zuständigen Stadtrates sei vertragswidrig gewesen. Fürst forderte die Bekanntgabe des Namens des damals weisunggebenden Stadtrates.

Den vermeidbaren Mehraufwand bei der EBS-Sanierung bezifferte Fürst mit 330 Millionen Schilling.

Die Folgerungen seines Vorredners bezeichnete GR Erich HUBER (SPÖ) als ungeheuerlich und unzulässig. Die Quecksilberemissionen erreichten bei den Drehrohröfen 0,03 Nanogramm pro Kubikmeter, bei den Wirbelschichtöfen maximal 0,06 Nanogramm.

Der gesetzliche Grenzwert werde um 0,05 Nanogramm unterschritten. Mängel aus dem Probebetrieb seien behoben worden. Die Pilotanlage zur Abscheidung der Dioxine und Furane funktioniere bestens.

Der Rechnungshofbericht bestätige, sagte GR. HUBER zusammenfassend, daß die Stadt Wien grundsätzlich auf dem richtigen Weg sei. Das Fehlen einer Sondermülldeponie wertete Huber als Kritik am Bund bzw. an der Umweltschutzministerin.

Forts. von Blatt 2424

Forts. auf Blatt 2426



Zur Hauptkläranlage stellte Huber fest, daß das Rechengut ab Ende dieses Jahres, wie vom Rechnungshof gefordert, im Wirbelschichtofen verbrannt werde. Das vom Rechnungshof kritisierte Kanalnetz wird im Rahmen eines 15jährigen Programmes saniert, das Neubauprogramm im Kanalnetz bis 1996 abgeschlossen. Der vom Rechnungshof geforderte dritte Wirbelschichtofen werde binnen zwei Jahren in Betrieb genommen.

Die Mehrkosten seien auf zusätzliche Maßnahmen und Verbesserungen zurückzuführen.

Jeder wisse, sagte GR. Huber abschließend, daß StR. Veleta damals die Weisung zur Übernahme der EBS gegeben habe, weil keine Chancen bestanden, einen Prozeß über Abfertigungszahlungen zu gewinnen.

Vizebürgermeister MAYR sprach in seinem Schlußwort bezüglich der Äußerungen von GR Fürst ironisch von einer „Sternstunde des Parlamentarismus“. Fürst habe hinsichtlich der Quecksilberemissionen unvollständig zitiert und den diesbezüglichen Absatz des Rechnungshofberichtes nicht zu Ende gelesen, was ein „entschuldbarer Fehler“ Fürsts sei, wie Mayr sagte. In Wirklichkeit bestätige der Rechnungshof einen ausreichenden Reinigungsgrad der Rauchgasreinigungsanlage. Der von Fürst genannte vermeidbare Mehraufwand sei zumindest aus einem Grund weit überholt, er enthalte einen Betrag, der vom Wasserwirtschaftsfonds noch rückerstattet werde.

Die Stadt Wien habe mit der EBS eine Pionierleistung erbracht und österreichweit ein Beispiel gesetzt, stellte Mayr fest. Anlaufschwierigkeiten seien bei neuen Technologien durchaus verständlich, jetzt aber zum Großteil bereits überwunden.

Die Übernahme von Sondermüll aus anderen Bundesländern einzustellen, sei nicht zielführend, weil damit die Entsorgungsmoral in Österreich noch weiter verschlechtert würde.

In einer tatsächlichen Berichtigung erklärte GR. FÜRST, er habe nicht unvollständig oder falsch aus dem Rechnungshofbericht zitiert und las die betreffende Stelle aus dem Bericht nochmals vor.

**ABSTIMMUNG:** Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

### **Rechnungshofbericht GESIBA**

Vbgm. MAYR (SPÖ) legte den Rechnungshofbericht über die GESIBA zur Kenntnisnahme vor.

StR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) kritisierte das Dienstverhältnis des früheren GESIBA-Generaldirektors, das ohne öffentliche Ausschreibung und unter bemerkenswerten Umständen zustande gekommen sei. Die Bezahlung war unüblich hoch. Der GESIBA warf Pawkowicz vor, die ÖNORM nicht zu beachten. So habe es, allerdings zeitlich verschoben, bei Bauprojekten neben der öffentlichen auch immer wieder beschränkte Ausschreibungen gegeben. Beim Wohnbauprojekt Carabelligasse sei die GESIBA gleichzeitig Prüforgan und Errichter gewesen. Die GESIBA habe für einen SPÖ-Kalender einen Druckkostenbeitrag von 100.000 Schilling geleistet. Pawkowicz forderte Edlinger auf, diesen Betrag samt Zinsen an die GESIBA und deren Mieter zurückzuzahlen. Die Unrechtmäßigkeit des Kostenbeitrags sei vom Rechnungshof und Prüfverband festgestellt worden. Es sollte eine unabhängige Kontrolle durch die Stadt Wien für „Gemeinnützige“ eingerichtet und diese Aufgabe nicht allein dem Revisionsverband überlassen werden.

GR Ing. MANDAHUS (ÖVP) erklärte, der Rechnungshof spreche aus, was die ÖVP immer festgestellt habe: Unregelmäßigkeit bei Vergaben. Er verwies auf Beispiele, wo nicht die Billigst-, sondern die Zweitbieter zum Zuge gekommen seien, nachdem mit diesen Verhandlungen über Preisnachlässe stattgefunden hatten. Aus diesen Erstaufträgen resultierten häufig Fol-

Forts. von Blatt 2425

Forts. auf Blatt 2427



geaufträge, die teurer als notwendig waren. In einem ANTRAG verlangte Mandahus, bei unterschiedlichen Auffassungen hinsichtlich konkreter Anwendung der korrekten Vergaberichtlinien sollte im Ausschuß das Geschäftsstück zurückgestellt und vom Kontrollamt beurteilt werden. Aufgrund dessen Meinung soll sich der Ausschuß weiter damit befassen.

GR SRAMEK (SPÖ) verwies auf die Werbewirksamkeit eines Werbeträgers mit 250.000 Exemplaren Auflage, wie es der erwähnte SPÖ-Kalender gewesen sei. Die Hauptkritik des Rechnungshofes beziehe sich auf die 70er Jahre und die Tätigkeit des damaligen Geschäftsführers. Heute würden andere Vergaberichtlinien bei der Holding angewendet, die sich bewährt haben.

Die GESIBA baue seit 1953 als Treuhänder der Stadt Wien und habe bereits 17.000 Wohneinheiten errichtet, die von hohem Wohnwert seien.

GR Ing. Karl SVOBODA (SPÖ) stellte zu Mandahus Aussagen fest, daß dieser im Oktober 1986 eine Überprüfung des Projektes Oeverseestraße 13-19 verlangt habe, weil er meinte, die Ausschreibung habe Scheinpositionen enthalten. Die SPÖ habe in einem Zusatzantrag an das Kontrollamt um Prüfung ersucht, ob bei Mandahus kein Interessenskonflikt vorgelegen sei, weil ja dieser gleichzeitig Ausschußmitglied und Anbieter gewesen sei. Den Verdacht der Scheinpositionen habe er erst nach der Ausschreibung geäußert. Die Frage war, ob sich Mandahus Vorteile aus der Kenntnis von Kalkulationsunterlagen aller anbietenden Firmen hätte verschaffen können. Das Kontrollamt habe diese Frage für diesen Fall verneint. Mandahus habe im konkreten Fall keine Vorteile ziehen können.

GR. Dr. WÖBER (ÖVP) sprach allen Prüforganen seinen besonderen Dank aus, ohne deren Kontrollen wären weit mehr Mißstände zu befürchten. Er betonte, der Großteil des Berichtes des Rechnungshofes beschäftige sich mit der Vergabeproblematik, der Vergabe von sogenannten Anhängerverfahren und mit Baubetreuungsleistungen. Er forderte Konsequenzen für die Verantwortlichen, im übrigen solle die Holding die begleitende Kontrolle verstärken. Grundsätzlich sei eine echte Privatisierung der Wiener Holding zu fordern.

In einer zweiten Wortmeldung sagte GR. Ing. MANDAHUS (ÖVP), es gehe nicht um Untersuchungen. Es habe aber niemand vor Vorliegen eines Berichtes das Recht, damit in die Öffentlichkeit zu gehen.

In seinem Schlußwort betonte Vizebürgermeister MAYR, eine Annonce als Parteispende anzusehen, entspreche nicht den Fakten. Zu den gegen Ing. Mandahus erhobenen Vorwürfen stellte er fest, auch gegen ihn seien schon viele massive Vorwürfe erhoben worden. Vielleicht könne man sich darauf einigen, daß in diesem Haus Menschen sitzen, die die Interessen der Stadt wahrnehmen. Zur Forderung nach Konsequenzen für die Verantwortlichen meinte er, ein solcher Bericht, wie er vom Rechnungshof erstellt worden ist, würde in der freien Wirtschaft angesichts der erfolgreichen Resultate sicher keine wie immer gearteten Folgen haben.

**ABSTIMMUNG:** Einstimmig. Der Beschluß- und Resolutionsantrag wurde einstimmig dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

### **Polenhilfe**

Vizebürgermeister Finanzstadtrat MAYR (SPÖ) stellte den Antrag zur Genehmigung der sogenannten „Polenhilfe“.

Zur Förderung von Exporten Wiener Unternehmungen nach Polen wird die Stadt Wien gegenüber einem Finanzierungskonsortium, bestehend aus Zentralsparkasse und Kommerzbank und Creditanstalt-Bankverein, für Exportfinanzierungen nach Polen für jeweils 70 Prozent des Finanzierungserfordernisses im Gesamthaftungsrahmen von einer Milliarde Schilling die Haftung übernehmen. Die Exportunternehmen müssen ihren

Forts. von Blatt 2426

Forts. auf Blatt 2428



Sitz in Wien haben und mindestens 50 Prozent der Lohnsummensteuer in Wien aufbringen, der Anteil der österreichischen Wertschöpfung muß 60 Prozent betragen. Mayr verwies darauf, daß die Entwicklung im Osten und speziell in Polen diese Hilfe erfordere. Solche Kredithaftungen seien zwar mit Risiken verbunden, das größte politische Risiko sei aber das Scheitern der Auflockerungsbemühungen im Osten.

FPÖ-Klubobmann Dr. HIRNSCHALL meinte, Aufgabe des Westens sei es, die demokratische Entwicklung im Osten durch Wirtschaftshilfe zu fördern. Insofern habe die FPÖ die gleiche Zielsetzung. Die gegenwärtige Polenhilfe der Stadt Wien sei aber ein Muster dafür, wie man es nicht machen sollte. Derartige Aktionen müßten in Zusammenarbeit mit der Kontrollbank und dem Finanzministerium durchgeführt werden. Hirnschall stellte den ANTRAG, derartige Förderungen auch auf Ungarn und bei Fortschreiten der politischen Entwicklung auch auf die CSSR und die DDR auszudehnen. Der Bund müsse sich an der Aktion beteiligen, ebenso wie die anderen Bundesländer. Den Banken wäre ein höheres Risiko, 50 Prozent statt 30 Prozent, zuzumuten. Bei der Exportförderung müßten auch Klein- und Mittelbetriebe berücksichtigt werden.

GR Dr. Ferdinand MAIER (ÖVP) gab bekannt, daß die Volkspartei der Polenhilfe zustimmen werde. Die Entwicklung im Ostblock, das Scheitern von kommunistischen Regierungen und die erste nichtkommunistische Regierung in Polen verdienen diese Unterstützung. Derartige Entwicklungen seien vor einigen Jahren nicht vorhersehbar gewesen. Viele haben nicht daran geglaubt, als ÖVP-Mandatare vor Jahren Kontakte zu Polen und zur Solidarnosc aufgenommen haben. Maier forderte die SPÖ auf, dafür zu sorgen, daß auch der Gewerkschaftsbund endlich die Solidarnosc anerkenne.

GR Margarete DUMSER (SPÖ) meinte, man müsse das hohe Tempo der Aufbruchstimmung positiv beurteilen. Daher begrüße sie die Initiative von Bürgermeister Dr. Zilk und verstehe die Kritik der Freiheitlichen überhaupt nicht, da die Hilfe derzeit rasch nötig sei. Die Polenhilfe der Stadt Wien schließe überhaupt nicht aus, daß sich die anderen Bundesländer und der Bund künftig daran beteiligen.

Vizebürgermeister MAYR begrüßte den Antrag der FPÖ, Bund und Länder in die Polenhilfe miteinzubeziehen. Wien hat zunächst ein Signal gesetzt.

ABSTIMMUNG: Die Polenhilfe wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen, der FPÖ-Antrag einstimmig dem Finanzausschuß zugewiesen.

#### **Erweiterung Sozialmedizinisches Zentrum Ost**

Stadtrat Univ.-Prof. STACHER beantragte die Erweiterung des Schwerpunktkrankenhauses Sozialmedizinisches Zentrum Ost um die dritte und letzte Ausbaustufe. Der erforderliche Sachkredit wird von 5.251 auf 5.681 Millionen Schilling aufgestockt, die Anforderungen für die Einrichtungskosten von 770 auf 872 Millionen Schilling erhöht. Stacher wies in diesem Zusammenhang auf Änderungen durch die fortgeschrittene Medizintechnik hin.

GR. DINHOF betonte, daß das SMZ-Ost im Bezug auf Bauzeitplan und Baukosten im Rahmen der Planung liege. Dinhof wies in diesem Zusammenhang auf die Verdienste von Stadtrat Stacher hin. Das SMZ-Ost werde eines der modernsten Krankenhäuser sein, besonders hervorzuheben sei jetzt schon die Schwesternschule, in der schon 220 Schwestern ausgebildet worden sind.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

#### **Rohrpostanlage Krankenhaus Lainz**

GR Erich HUBER (SPÖ) beantragte die Sanierung der Rohrpostanlagen im Krankenhaus Lainz um insgesamt 7,96 Millionen Schilling.

Forts. von Blatt 2427

Forts. auf Blatt 2429



GR Dr. RASINGER (ÖVP) unterstrich die Bedeutung eines Spitals jenseits der Donau. „Wir bekennen uns zum SMZ-Ost, die Kosten sind aber mit 6 Milliarden zu hoch, die Bauzeit im internationalen Vergleich zu lang“, sagte Rasinger.

Die Kommunikation sei für die Motivation des Krankenpflegepersonals sehr wichtig, sagte Rasinger. Er begrüße das neue Gehaltsschema und die zusätzlichen Planposten im Spitalswesen sowie die Zeitungswerbung für Pflegepersonal, jedoch: „Wir warten bis heute auf grundlegende Reformen im Spitalswesen.“ Den Ankündigungen von Bürgermeister Dr. Zilk, Vizebürgermeister Mayr und Stadtrat Stacher bezüglich einer Dezentralisierung seien keine Taten gefolgt. Die Suspendierung von Primarius Dr. Pesendorfer bezeichne Rasinger als Eigenmächtigkeit des Bürgermeisters, die die Stadt Wien noch 3 Millionen Schadenersatz kosten werde.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

### **Sperrbrunnen Lobau**

GR. Erich HUBER (SPÖ) beantragte eine Sachkrediterhöhung um 5,1 Millionen auf 41,44 Millionen für die Errichtung einer Sperrbrunnenreihe in der Unteren Lobau.

GR Dr. NEUBERT (ÖVP) sagte, Sonden hätten massive Kohlenwasserstoffeinflüsse vom Tanklager Lobau zum Grundwasserwerk gemeldet. Nun sollen Sperrbrunnen errichtet werden, um weitere Verunreinigungen zu verhindern. Vom zuständigen Ministerium seien die Sperrbrunnen bereits 1964 verlangt worden. Jetzt habe das Gesundheitsamt in einem Bescheid die sofortige Errichtung gefordert. Den Zeitdruck hätte man sich ersparen können, wäre man der seinerzeitigen ministeriellen Forderung bereits nachgekommen.

Die Tanklager und die Öllinsen bedeuten eine latente Gefahr für das Grundwasser. Längerfristig müßte das Wasserwerk abgesiedelt werden. Neubert verwies darauf, daß die Sperrbrunnen die Austrocknung der Lobau verschärfen werden. Es sei daher interessant, wann die Dotation der Lobau funktionieren werde.

GR STOCKINGER (SPÖ) führte aus, die Vollversorgung mit Hochquellenwasser könne außer Wien keine andere Stadt der Welt bieten. Die Sperrbrunnen werden jetzt gebraucht und daher auch jetzt errichtet. Die erwähnten Verunreinigungen träten am Rand des Wasserschutzgebietes auf. Die Vergabe des Bauauftrages an die WIBEBA sei erfolgt, weil diese zuständige Kontrahent der Wasserwerke für diesen Stadtteil sind. Eine Ausschreibung wäre in dieser Phase wegen zu vieler Unabwägbarkeiten nicht zielführend gewesen.

Bei der 3. Wasserleitung sollte das Verfahren jetzt rasch abgeschlossen werden, damit Wien sein Wasserrecht konsumieren kann. Die Realisierung der Sperrbrunnen bedeutet die Vorsorge dafür, daß das Grundwasserwerk Lobau erhalten bleibt.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

### **Errichtung des Augartenradweges**

GR Ing. Rolf HUBER (SPÖ) beantragte für den Ausbau des Augartenradweges 10,5 Millionen Schilling.

GR ZEIHSEL (FPÖ) kritisierte, daß der Akt mit einer Notverordnung nach Paragraph 98 abgesegnet worden ist. Es sei im übrigen unvernünftig, nachdem man das Pflaster in der Nordwestbahnstraße kürzlich entfernt habe, diese Straße erneut zu bepflanzen.

GR Josefa TOMSIK (SPÖ) stellte fest, am 12. September 1989 sei im Gemeinderat ein Sachkreditantrag gestellt worden, am 25. September war bereits Baubeginn, und am 17. Oktober erfolgt die Vergabe im zuständigen Ausschuß. Damit erkläre sich der Notparagraph 98. Im übrigen habe es einen Einspruch der Handelskammer wegen „Einschränkung des Parkraumes zuungunsten der Wirtschaftstreibenden“ zu erklären.

StR. HATZL (SPÖ) betonte, daß Unterstellungen, Pflastersteine wären aufgrund von Interventionen verwendet worden, völlig aus der Luft gegriffen sind. Einzig sachliche Erwägungen hätten entschieden.

ABSTIMMUNG: Mit Mehrheit angenommen.

Der Gemeinderat schloß um 18.10 Uhr. (Schluß) red